

# **Ausschreibung der Kinder- und Jugendstiftung Förderung 2014**



Im Rahmen der Reformationsdekade werden 2014 Projekte gefördert, die sich mit politischen Fragen beschäftigen.

Hierbei kann es um Aktivitäten zur stärkeren Beteiligung von Jugendlichen in den Kirchenvorständen oder Aktionen im jugendpolitischen Bereich zum Schutz des Ehrenamtes oder konkrete Aktionen zu einem gesellschaftspolitischen Thema gehen.

Antragsberechtigt sind Kirchengemeinden und Dekanate innerhalb der EKHN.

Die Förderung seitens der Kinder- und Jugendstiftung beträgt maximal 3.000 Euro. Ein finanzieller Eigenbeitrag ist hierfür keine Voraussetzung.

Antragsschluss ist der 30. Juni 2014. Eine Entscheidung des Kuratoriums der Kinder- und Jugendstiftung ist für Mitte Juli vorgesehen.

Den Bewerbungsunterlagen ist folgendes beizufügen:

- Eine aussagekräftige inhaltliche Beschreibung des Projektes
- Ein Finanzplan, in dem die Kosten nachvollziehbar aufgelistet sind
- Eine Beschreibung des organisatorischen, technischen und personellen Aufwands

Die Unterlagen sind zu richten an:

Kinder- und Jugendstiftung  
in treuhänderischer Verwaltung  
der Evangelischen Jugend in Hessen und Nassau e. V.  
Landgraf-Philipps-Anlage 66  
64283 Darmstadt

Reformation und Politik – EKD [www.ekd.de/reformation-und-politik/](http://www.ekd.de/reformation-und-politik/)

Mit dem Themenjahr "Reformation und Politik" beginnt die zweite Halbzeit der Lutherdekade. Die Vorbereitungen auf das Reformationsjubiläum 2017 nehmen Gestalt an. Von Anfang an hat die Reformation auch politisch gewirkt. Martin Luther und die anderen Reformatoren bestimmten den Charakter und die Aufgaben von politischer Gewalt und Kirche neu und konnten auf diesem Weg ihr Verhältnis grundstürzend erneuern. Ihre Einsichten haben kulturelle Spuren hinterlassen, die bis heute gesellschaftliche Relevanz entfalten: ein Verständnis von Bildung als staatlicher Aufgabe, eine Neubewertung der Rechtsstellung der Frau und vieles mehr.

Das Themenjahr "Reformation und Politik" bietet auch im Hinblick auf den Beginn der neuen Legislaturperiode des deutschen Bundestags die Chance, sich vertiefend mit Themen wie der Unterscheidung und Zuordnung von Staat und Kirche, Gesellschaft und Religionen, mit Subsidiarität und Religionspolitik zu befassen. Und es bietet die Chance zum intensivierten Gespräch über den Beitrag, den die Kirchen für das Zusammenleben in Staat und Zivilgesellschaft leisten.